

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helleste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postkassenkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die hochgradigsten Postzettel 50 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 75

Freitag den 1. April 1921

87. Jahrgang

## Rohlen

Ihr Untermieter werden letztendlich Freitag den 1. April d. J. ausgegeben. Bezugsanweisung sind vormittags von 10 bis 12 Uhr im Rathaus — Zimmer Nr. 17 — abzuholen. Dippoldiswalde, den 30. März 1921. Der Stadtrat.

## Bekanntmachung.

Das aufsichtsbehördlich genehmigte Ortsgesetz über das Anschlagwesen in der Gemeinde Schmiedeberg vom 5. November 1920 wird nunmehr in Kraft gesetzt. Dasselbe liegt von heute ab 14 Tage lang an Amtsstelle zur Einsichtnahme aus.

Nach diesem Ortsgesetz dürfen Anschläge aller Art innerhalb des Gemeindebezirks nur an den von der Gemeinde aufgestellten Anschlagtafeln angebracht werden. Das Anbringen von Anschlägen an anderen Stellen, insbesondere auch an Telegraphen- oder Leitungsmasten, ist verboten. Bereits an solchen Masten oder fremden Grundstücken angebrachte Anschläge sind von den Beteiligten sofort zu entfernen.

Dagegen bleibt es Grundstückenbesitzern und Gewerbetreibenden unbenommen, Anschläge, welche sich nur auf Verläufe von Grundstücken und Vermieten von Wohnungen beziehen oder gewerbliche Anfindigungen enthalten, an den eigenen Grundstücken oder Gewerbetätigkeiten anzubringen.

## Derliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Die „Budenstadt“ zu dem am Sonntag nachmittag und am Montag abgehenden Frühjahrsmarkt wird jetzt wieder einmal gedankt. Hoffentlich hält das Wetter noch aus und Käufer und Verkäufer sind mit dem Resultat des Marktes zufrieden.

Am 17. April findet früh 9 Uhr eine Ausschuss- und nachmittags 3 Uhr die Hauptmanns-Verammlung der freiwilligen Feuerwehren des hiesigen Verwaltungsbezirks im Fremdenhof zur „Post“ in Schmiedeberg statt.

Eine Sonnenfinsternis findet Freitag den 8. April statt. Die Verfinsternung wird nur 80 Prozent des Sonnendurchmessers erreichen. Der Beginn der Finsternis ist für 8 Uhr 46,3 Min. mitteleuropäischer Zeit und ihr Ende für 11 Uhr 23,8 Min. voranzurechnen. Es ist dringend davor zu warnen, der Beobachtung der Verfinsternung mit bloßem Auge direkt in die Sonne hineinzublicken, da dann die Linse im Auge wie ein „Brennglas“ wirkt und die ganzen Organe der Netzhaut beschädigt.

Die Gebrechlichen in Sachsen. Die letzte Volkszählung ergab: 2260 Blinde (davon neuwählig etwa 250 Krüppelblinde), 2491 Taubblinde, 12999 Geisteskränkte, einschließlich der Geisteskranken, zusammen 17680 Gebrechliche oder 36,75 auf je 10000 der Gesamtbevölkerung. Neben diese Zahlen nicht eine eindringliche Sprache: Sei waschsam und habe das andre, das herben will! (Dietrich 3, 2.) Einen wesentlichen Anteil, um nicht zu sagen den innerlichen Hauptanteil an der gemeinsamen Sittlichkeitsarbeit dieser Gebrechlichen, die zu einem großen Teil in den Bundesanstalten des Reichs (Spezial-Anstalten) sind, hat neben den Pädagogen (Spezial-Anstaltenlehrern und -erziehern), Pflegerinnen und Schwesterinnen das gründliche Hauptamt der Seelsorge (der Anstaltsgeistliche als Seelsorger). Religiöser Zuspruch, Trost, Ermunterung, Ermahnung, Erhebung, wie es regelmäßig in angemessener Form den Pflichten, die ein reges Bewusstsein danach haben, durch den Seelsorger der Anstalt dargeboten wird, bedeutet nicht bloß eine zeitliche Ablenkung von trübenden Gedanken und leidtragenden Stimmungslagen, deren solche Unglückliche leicht ausgefüllt sind, sondern eine wesentliche Stärkung des Bewusstseins und Willenslebens der geistlich gebrechlichen Seelsorger. Kerge und Erzieher sprechen gleichmäßig ihre Befahrung und Ueberzeugung davon aus.

Städtische Schullehrer. Das neue Schuljahr beginnt am 4. April. Der Unterricht beginnt für die beiden Oberklassen früh 7 Uhr, für die Unterklassen nachmittags 1 Uhr. Die Aufnahme der U.S.C.-Schüler erfolgt am gleichen Tage nachmittags 1 Uhr. Der Fortbildungsschulunterricht für Anoden nimmt Dienstag den 5. April nachmittags 4 Uhr und für Mädchen Freitag den 8. April nachmittags 4 Uhr seinen Anfang. Anmeldefrist für Schüler und Schülerinnen haben die Entlassungsgewaltigen mitzubringen.

Frauenstein. Der die jährige Frühjahrsviehmarkt war sehr gut mit 42 Ferkeln und 74 Pferden. Der Preis der Ferkel schwankte zwischen 200—350 Mk.

Dresden, 30. März. Die gestern hier verhafteten 92 Kommunisten sind sämtlich Inländer. In Heidenau ist die Kollisionsfrage programmiert worden. In Saargau gab es gestern eine kleine Schlägerei, verletzt wurde niemand. In Schwarzenberg ist der Generalstreik ausgedehnt. — Die hiesige Arbeiterbewegung ist geschlossen worden. (Anschluß an die hiesige Arbeiterbewegung mit den kommunistischen Antrieben in Anbetracht des in Zusammenhang.)

30. März. In Pirna—Heidenau agitierten die

Kommunisten lebhaft für den Generalstreik. Jedoch ist der Generalstreik nur in einzelnen Betrieben Folge geleistet worden. Das Postamt und der Bahnhof in Heidenau wurden gestern von den Kommunisten besetzt, heute früh jedoch von der Sicherheitspolizei wieder in Besitz genommen. Es ist beabsichtigt, das Elektrizitätswerk in Pirna, das auch einen Teil von Dresden mit Strom versorgt, hinzulegen. Die Regierung hat sofort die nötigen Maßnahmen getroffen. Heute sind mehrere Sitzungsverhandlungen angelegt. — Nach solchen eingetragener Meldung sind in Pirna—Heidenau die meisten Betriebe lahmgelegt worden, da die Kommunisten die Arbeitswilligen unter Androhung von Gewalt zwingen, die Arbeitsstätte zu verlassen.

Sachsen. Der Gemeinderat beschloß, das Ortsmuseum, die im Gemeindefonds befindlichen vaterländischen Bilder und die Eingemeinderungsakten der Räte zur Aufbewahrung zu übergeben. Doch sollen sie der Schule zu Lehrzwecken und der Allgemeinheit zugänglich sein.

Coltschende. Die historische „alte Kapelle“ soll auf Befehl des Gemeinderates zur Verhütung eines Verfalls derselben umgebaut werden. Mit den umfangreichen Arbeiten soll sofort begonnen werden. Die auf einer Höhe, dem sogenannten Kapellenland liegende, weithin sichtbare Kapelle wird als die mittelalterliche Anlage eines beständigen Hofes mit Kapelle angesehen. Ein Wallgraben mit Furt umgibt das Haus, das lange Zeit dem Gottesdienste gedient hat. Im Obergeschloß, das im Volksmunde als Jagdschloß bezeichnet wird, fand früher auch Jagd statt. Die „alte Kapelle“ ist 1498 zum ersten Male urkundlich erwähnt. Sie soll am 8. Mai 1441 vom Reichserzbischof Johann IV. der heiligen Dorothea geweiht worden sein. Von 1587 an hat sie dann dem evangelischen Gottesdienste gedient. Dieser wurde später in den Saal des 4. Stockwerkes und 1905 wegen der Bauunfähigkeit in ein anderes Gebäude verlegt. Über dem Epitaphengrab der Hofmannen hängt seitlich in einem Schilde nach eine Holztafel, wie für Jagdschloß; es bildet also den Zugang. Das Gesamtbild mit der wahrheitsgemäß im 18. Jahrhundert vorgebauten Freitreppe ist von großem Reize. Im übrigen erfolgt der Umbau in derselben Bauweise wie die das hiesige Gebäude hat. Der historische Teil mit dem Sitzungssaal soll erhalten bleiben, ebenso das Zwischengeschloß, in dem ein Raum für die Mutterberatungsstelle und Schuladmittant und ein weiterer Raum für das Ortsmuseum zur Verfügung gestellt werden soll.

Reichen. Die Amtshauptmannschaft Reichen ist an unabhängiger Stelle gegen den in den Bezirken der Amtshauptmannschaft Dresden-Stadt und Dresden-Kleinseite laut gewordenen Gedanken der Vereinigung rechtselblicher Gemeinden und des ganzen Kreisbezirks des Reichen Bezirks, die den Interessen der betreffenden Gemeinden zuwiderlaufen und die Lebensfähigkeit des Reichen Bezirks in Frage stellen würde, vorstellig geworden. Die Angelegenheit ist bereits auf der Tagesordnung der nächsten Bezirksamtsversammlung.

Wilsdruff. Dem neuen Bürgermeister wurde die Übertragung der Rechtsanwaltspraxis vom Ministerium genehmigt. — Der Rat hat das Ministerium gebeten, Wilsdruff im neuen Ortsklassenverzeichnis in Klasse B zu verlegen. Sotha. Vom Landwirtschaftlichen Kreisverein Dresden III für 1. Oktober d. J. die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Sotha in Aussicht genommen. Leipzig. Am Donnerstag fand in der Halle ein von einem jungen Brautpaar gerichtetes Bankett. Beide Jungfrauen stiegen ins Wasser. Der des Schwimmens kundige

Zum Anbringen von Anschlägen bedarf es von jetzt ab der vorherigen Anzeige an den Gemeindevorstand unter Vorlegung der erforderlichen Zahl der betreffenden Anschläge. Sobald die festgesetzten Gebühren entrichtet sind und nach Platz an den Anschlagtafeln vorhanden ist, werden die Anschläge mit dem Gemeindestempel versehen. Das Anbringen der Anschläge bleibt Sache der Beteiligten.

Unbefugtes Anbringen, Beschädigen oder Verunstalten, sowie unbedachtloses Überbleiben der Anschläge und das Beschädigen der Anschlagtafeln ist verboten.

Zu den Verhandlungen werden, soweit nicht nach bestehenden Landes- oder reichsgerichtlichen Vorschriften anderweitige strafrechtliche Verfolgung Platz zu greifen hat, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder entsprechender Haft geahndet.

Schmiedeberg, am 30. März 1921. Der Gemeindevorstand. Vertheil.

## Anmeldung Schulpflichtiger.

Elementarstufen Dienstag den 5. April vormittags 10 Uhr in der Turnhalle, Fortbildungsschülerinnen Dienstag den 5. April nachmittags 2 Uhr in Zimmer 8, Fortbildungsschüler Mittwoch den 6. April nachm. 2 Uhr in Zimmer 22b der Bürgerhalle. Schulausschussmitglieder sind mitzubringen. Dippoldiswalde, 31. März 1921. A. Schmidt.

Bräutigam suchte mit allen Kräften seine Braut über Wasser zu halten, doch ermittelte er schließlich und konnte sich selbst kaum noch an Land retten. Das junge Mädchen stürzt vor seinen Füßen. Es wurde später tot aus dem Wasser gezogen.

Chemnitz. Trotz der unermüdlichen Heterie der Kommunisten herrscht in Chemnitz vollkommene Ruhe. Im Gaswerk III wurde der Streik mit 106 gegen 6 Stimmen, im Gaswerk II mit 70 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Auch in allen anderen sächsischen Betrieben ist der Streik mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Im Elektrizitätswerk ist schon fast alle Arbeiter gegen eine Niederlegung der Arbeit aus. Man sieht, daß selbst in den Industriebezirken der Einfluss der Heterie immer geringer wird.

Burgstädt. Im benachbarten Paul Herzenhaube wurde am Abend des ersten Osterfestes der Geschäftsführer Kurt Dornbusch aus Burgstädt erstochen aufgefunden. Der junge Mann wurde polizeilich aufgehoben. Über den Täter ist bis jetzt nichts bekannt. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange. Die Section der Leiche des ermordeten Dornbusch erfolgt am Donnerstag.

Oberlichten. Diebstahl stifteten dem Weinverleger über hiesigen Gastwirtschaft einen Besuch ab und nahen Meise und Silber im Werte von etwa 7000 Mk.

Sosna. Als Folgen des Bergbaues sind seit neuerer Zeit Bodenentsetzungen in unmittelbarer Nähe der Kohlenwälder der Allgemeinheit eingetreten. Diese sind sowohl in einer Verletzung der bisher eben verlaufenen Staatsstraße als auch in einer unzulässigen Verdrängung des Grundbesitzes demnach erkennbar.

Sosna. Der Bauhallplan der hiesigen Gemeindefürsorge ergibt einen Fehlbetrag von 183000 Mk. — Da die welschen Lehrer den hiesigen Ort wegen Wohnungsmangel wieder verlassen, soll ein Lehrerwohngebäude von der Gemeinde erbaut werden.

Falkenstein. In der Nacht zum Karfreitag wurde von der Landespolizei in der Nähe der Gasanstalt ein Mann festgenommen, der einen Revolver mit sich führte und in Besitz eines geladenen Revolvers, einer schwarzen Waffe und anderer auf verbrecherische Zwecke hinweisender Gegenstände gefunden hat.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordneten bewilligten 230000 Mk. für eine zweite Wasserhebungsanlage und 163000 Mk. für eine Wasserzonenanlage.

## Letzte Nachrichten.

### Die Opfer des Mädchenhandels.

In gerader Reihenfolge im Laufe der Zeit die Zahl der spurlos verschwundenen Frauen zugenommen. So sind beispielsweise in den letzten zehn Monaten aus dem Reichsland Sachsen 376 Frauen und Mädchen verschwunden, ohne daß es bisher gelungen ist, ein Lebenszeichen von ihnen zu erhalten. Ganz besonders hoch aber ist die Vermisstenliste in Hamburg. Hier verschwanden im gleichen Zeitraum 487 weibliche Personen. Ein sehr großer Teil der Vermissten dürfte ein Opfer des internationalen Mädchenhandels geworden sein.

### Die Folgen des Wahnsinns.

Genf, 29. März. Der Pariser „L'Impo“ meldet, daß die Ausbeutung des deutschen Kommunistenanstandes auf dem Ruhrgebiet die Einbeziehung des Ruhrreviers in die Besatzungszone zur unmittelbaren Folge haben wird. Die Militärs seien entschlossen, den deutschen Regierung jeden Versuch zu nehmen für eine Rückkehr der Ruhrlieferungen an die Fronten.

# Osterbesuch in Budapest.

Anerkanntes Eintreffen des Kaisers Karl in der Budapestener Hofburg.

Erfolger Karl von Eudenburg ist während der Osterferien in Budapest auf ungarischem Boden erschienen und hat sich nach Budapest begeben, um dort die Wiederherstellung der Monarchie zu betreiben. Ostermontag nachmittags um 2 Uhr fuhr in Budapest ein Automobil mit vier Insassen im Hofe des Ministerpräsidenten ein, von wo die Herren sich in die königliche Burg begaben. Zwei von den Herren sprachen beim Eingelassenwerden des Reichsverwesers vor und teilten ihm mit, Kaiser Karl wünsche mit dem Reichsverweser zu sprechen. Der Adjutant meinte zuerst, es mit einem Scherz zu tun zu haben. Kurze Zeit darauf erschien jedoch Kaiser Karl in dem Zimmer und hat eine lange Unterredung mit dem Reichsverweser Horthy. Erst auf dessen dringende Vorstellungen und der in Budapest weilenden Regierungsmittglieder, die ihn von der Ausichtslosigkeit seines Vorhabens zu überzeugen suchten, entschloß sich Kaiser Karl, die Hauptstadt wieder zu verlassen und nach Pestungarn zurückzuziehen. Die ungarische Regierung hat Verfügungen getroffen, damit die Rückkehr des Kaisers Karl nach einem neutralen Staat ermöglicht werde.

## Ein amtlicher Wiener Bericht.

Im Wiener Auswärtigen Amt liegt folgender Bericht über das merkwürdige Osterabenteuer vor: Kaiser Karl ist am Sonntag in dem westungarischen Grenzort Steinamanger eingetroffen und beim dortigen Bischof abgeblieben. Der Ministerpräsident Telety wurde nach Steinamanger berufen. Er sowohl als auch Oberst Lehár, ein Führer der Karlistenpartei, rieten dem König in sehr entschledener Weise ab, sich wieder um den ungarischen Thron zu bewerben. Nichtsdestoweniger fuhr am Sonntag der Kaiser im Auto nach Budapest, wo er mit dem Reichsverweser Horthy konferierte. Auch Horthy riet dem Kaiser im Einvernehmen mit allen Parteiführern an, nach der Schweiz zurückzuziehen. Der Kaiser ließ sich schließlich zur Abreise bewegen, sagte jedoch während der Fahrt den Entschluß, im Lande zu bleiben und hält sich dem Bernehmen nach in Steinamanger auf.

## Die Entente droht mit dem Kriegsfalle.

In der Besprechung wurde erklärt, daß eine formelle Zustimmung der französischen Regierung zu seiner Rückkehr vorliegt. Auf eine Anfrage hat der französische Vertreter Fouchet das in Abrede gestellt und in einer offiziellen Note erklärt, daß sich alle Westmächte einer Rückkehr Kaiser Karls widersetzen. Auf Grund dieser Note ist Graf Andrássy zum Kaiser Karl nach Steinamanger abgereist.

In Budapest wurden einige Personen, darunter der General Dulacich und der Führer der Monarchisten, der Abgeordnete Szarvaschi sowie der gewesene Minister des Innern, Beniczky, verhaftet. Die österreichische Regierung hat energische Maßnahmen getroffen, um den Grenzschutz gegen Ungarn zu verstärken.

Die Osterreise des Erzherzogs von Ungarn stellt sich als ein höchst unüberlegtes Unternehmen dar, das dem ehemaligen Monarchen noch um den letzten Rest von Ansehen bringen dürfte. Offenbar ist er von minderwertigen Ratgebern falsch beraten worden, die ihm die Situation so darstellten, als ob die Mehrheit Ungarns die Wiederherstellung der Ordnung nur durch die Rückkehr des Kaisers erhoffe. Während seiner nur wenige Stunden dauernden Anwesenheit in Budapest dürfte er von diesem Wahne gründlich geheilt worden sein.

Wohl nennt sich Ungarn auch heute noch Königtum. Alle Kreise sind jedoch davon überzeugt, daß die Königsfrage zur Zeit nicht gelöst werden kann, sowohl aus inneren wie auch aus außenpolitischen Gründen. Die christlich-nationale Bauernpartei, die die große Masse des Volkes umfaßt, lehnt eine Rückkehr des Erzherzogs Karl grundsätzlich ab und verlangt die Wahl eines Volkskönigs, während eine Minderheit, die sogenannten Begriten oder Karlisten, die sich aus den Reihen der Hocharistokratie zusammensetzen, die Partei des ehemaligen Monarchen ergreifen. Da man sich nicht einigen konnte, wählte man den Admiral Horthy als Reichsverweser, der bis zur Wahl eines neuen Königs die Geschicke des Landes leiten soll.

Wiel wichtiger als die innerpolitischen Gründe sind die außenpolitischen Momente, die eine Rückkehr nach den ungarischen Thron ausschließen. Bekanntlich haben die in der sog. „kleinen Entente“ zusammenschlossenen österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten Serbien, Rumänien und die Tschechoslowakei ein Zusammenkommen abgelehnt, das eine Wiedererrichtung der kaiserlich-österreichischen Monarchie gegebenenfalls mit Waffengewalt hindern würde.

Auch die alliierten Großmächte können, wie die in Budapest übergebene Note zur Genüge beweist, eine Rückkehr des Kaisers Karl grundsätzlich ab und schälen in der Wiederkehr der Hofbürger sogar einen Grund zum militärischen Eingreifen. Dieser Gefahr kann sich das durch den Krieg und die Rätewirtschaft so außerordentlich geschwächte Ungarn nicht aussetzen. Es ist daher nicht mehr als natürlich, daß der Reichsverweser Horthy dem Staatsstreichversuch Kaiser Karls entschieden entgegengetreten ist und dem Osterabenteuer des früheren Königs ein rasches Ende gesetzt hat.

## Der mitteldeutsche Brandherd.

Neue Kämpfe an der Elbe Halle-Leipzig. Die Säuberungsaktion der Polizeitruppen im mitteldeutschen Aufstandsgebiet nimmt einen erfolgreichen Verlauf, doch ist die kommunistische Aufstandsbewegung immer noch in vollem Gange. Nach der Niederschlagung des Annaburger Aufstandes und der Besetzung der Leunaer Werke haben sich die verstreuten Aufständischen wiederum zu kleineren Trupps zusammengeschlossen.

So hat sich in der Gegend zwischen Halle und Leipzig ein neuer Brandherd gebildet. Auf der Strecke nach Leipzig bei Gröbers, wo sich zahlreiche gesellige Bänder versammelt haben, ist es am Dienstag zu schweren Kämpfen gekommen. Die Aufständischen besetzten den Bahnhof Gröbers und unterbanden damit den Verkehr Halle-Leipzig. Eine Erkundungspatrouille der Polizeitruppen geriet in einen Hinterhalt und erlitt in dem Maschinengewehrfeuer der Aufständischen schwere Verluste. Die beiden Offiziere, die die Truppe führten, sowie zehn Polizisten fielen. Gegen das neue Nest des Aufstandes ist sofort eine umfassende Aktion eingeleitet worden.

## Höll wieder entkommen.

Nach einer Wunde aus Eisenblech soll Dienstag mittag bei Nieder-Röblingen das Automobil mit Höll und dessen Adjutanten von der Reichswehr abgefangen und unter Feuer genommen worden sein. Der Adjutant sei tot, Höll dagegen sei entkommen.

Unter den in den Leuna-Werken Verhafteten sollen sich, den „Halleischen Nachrichten“ zufolge, auch der Oberbefehlshaber der Roten Armee Mitteldeutschlands, der halleische Stadtverordnete Alfred Lemke, und der politische Kommissar des Mansfelder Kreises, der halleische Stadtverordnete Paul Bowitzky, befinden.

## Die Streikhege im Bezirk Halle.

Nachdem die Versuche, Mitteldeutschland mit Gewalt zu erobern, mäßig gescheitert sind, legen die Kommunisten sich jetzt auf ihr letztes Mittel, den Generalstreik. Gleichzeitig wollen sie damit einen Druck auf die Regierung ausüben, um eine gänzliche oder teilweise Amnestie herbeizuführen. In Halle wurde am Dienstag nur in wenigen Betrieben gearbeitet. Auch die städtischen Arbeiter der Elektrizitätswerke haben sich dem Streik angeschlossen, so daß Halle wieder einmal ohne Licht und Kraft ist. Auch in der Umgebung von Halle wird in sämtlichen großen Fabriken gestreikt. In Göttingen steht der Streik vor dem Zusammenbruch, in den Nachbarstädten Erfurt, Eisenach, Suhl, Langensalza und Mühlhausen herrscht Ruhe, es wird gearbeitet.

## Streikauflast in Berlin.

In den meisten Berliner Betrieben herrscht durch den Streikauflast. Die Streikhege der Kommunisten ist in den meisten Betrieben mißglückt. Die Versuche der Arbeiter, in die Betriebe einzudringen und sie zu besetzen, scheiterten an dem Widerstand der besonnenen Arbeiterklasse und der Wache der Schutzpolizei, die alle Versammlungen kommunistischer Demonstranten sofort zerstreute und die Rädelführer festnahm. Außerordentliche Gerichte werden sich mit den Strafakten der zahlreichen Gefangenen bereits in den nächsten Tagen beschäftigen und sie schnell aburteilen. Ihre Zahl beträgt bereits mehrere Hundert.

## Ein kommunistischer Sabotageakt in Bremen.

In der nächsten Umgebung Bremens sind 70 Fernsprech- und Telegraphenleitungen, die Bremen mit Hannover, Hamburg, Berlin, Bremerhaven und Bielefeld verbinden, von einer kommunistischen Sabotagegruppe durchschnitten worden. Der Sabotageakt, der den Plan, Bremen zu isolieren, nur zu deutlich verriet, wurde von den Aufsichtsbeamten des Telegraphenamtes in der gleichen Nacht entdeckt.

In Mannheim setzten die Kommunisten der Aufhebung eines Demonstrationszuges Widerstand entgegen und feuerten auf die Polizei, diese griff zur Waffe, wobei drei Personen getötet wurden.

Die Stuttgarter Kommunisten veranstalteten eine Demonstration gegen den Abtransport württembergischer Reichswehr nach Mitteldeutschland. Etwa 2000 Personen nahmen daran teil. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

## Das Hauptquartier der „roten Armee“ ausgedeckt.

Das Hauptquartier der Roten Armee für Mitteldeutschland, von dem aus die kommunistische Aufstandsbewegung geleitet wurde, ist Dienstag nacht in Halle von der Schutzpolizei abgeräumt worden. Die Beamten trafen dort zwei kommunistische Schneidewind und Hartfeld bei der „Arbeit“. Als die Polizei eindrang, sprangen die beiden sofort durch das Fenster auf den Hof und versuchten, sich die nachfolgenden Verfolger durch Schüsse fernzuhalten. Ein Polizeibeamter streckte Schneidewind durch einen Pistolenschuß nieder; der andere, der weiter feuerte, wurde gleichfalls durch Schüsse getötet. Bei der Durchsicherung der Räume fand man große Mengen Kartennachrichten mit genauer Einzelnennung der Bahnhöfe und Fabriken, ferner Pläne über Aufstellung und Einteilung der Bänder, die Wiederlegung in Unterstände und Bezirke und eine Aufstellung der Orte, in denen Sprengstoff lagert. Auch die Meldung fand sich vor, daß die Anschläge auf die Zeitungsbetriebe erledigt worden seien, ferner fünfzig Quittungen über größere Geldbeträge. Die Polizei nahm infolge dieser Aufzeichnungen zahlreiche Verhaftungen vor.

## Auf der Spur der Bombenattentäter.

In Wismarsleben sind mehrere Individuen festgenommen worden, die dringend verdächtig sind, die verbrecherischen Anschläge auf die Landgerichtshöfe in Dresden, Freiberg sowie auf den Bahnhof in Hettstedt verübt zu haben. Der Verdacht gründet sich der „Post-Ztg.“ zufolge auf ausgefundene Papiere und auf die Angaben anderer Verhafteter, aus denen übrigens noch hervorgeht, daß die Pläne zu den Anschlägen von einem Beschwörerkomitee ausgearbeitet wurden, das seine Beratungen in Charlottenburg abzuhalten pflegte. Die Verdächtigen sind alle Berliner. Sie sind dem Untersuchungsrichter in Halberstadt vorgeführt worden. Dort hat einer der Verhafteten das Geständnis abgelegt, an den Bombenattentaten in Dresden, Freiberg und Hettstedt beteiligt gewesen zu sein. Er und seine Komplizen seien dann nach Wismarsleben gereist, um dort das Rathaus, die Post und die Banken in die Luft zu sprengen. Dieses Vorhaben sei durch das vorzeitige Eintreffen von Polizeitruppen vereitelt worden.

## Bombenanschlag bei Erfurt.

Kommunistische Elemente haben Dienstag nacht gegen die Eisenbahnunterführung auf der Strecke Erfurt-Kassel einen Sprengversuch unternommen.

Der angerichtete Schaden ist nur geringfügig. Als Täter kommen einige achtzehnjährige Burschen in Betracht, die bereits verhaftet worden sind. Sie gehören der kommunistischen Partei an.

## 400 Kommunisten bei Reimsfeld festgenommen, weitere getötet.

Aus einer kommunistischen Versammlung, die Mittwoch vormittag an der Reimsfelder Talperre abgehalten werden sollte, wurde auf anrückende Schutzpolizei geschlossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und machte nach kurzem Handgemenge 400 Kommunisten zu Gefangenen. Mehrere Kommunisten blieben tot auf dem Platz. Einige Beamte der Schutzpolizei sind leicht verletzt.

## Millionenschäden in den Leunaerwerken.

Der Schaden in den Leunaerwerken ist ziemlich beträchtlich. Ein Teil der angelegenen Aufständer ist unter schärfster Bewachung mit dem Wegräumen der Barrikaden und den Aufräumungsarbeiten innerhalb des Werkes beschäftigt. An eine Wiederaufnahme der Arbeit ist vorläufig nicht zu denken. Der durch den Ueberfall und durch die Erstürmung entstandene Sachschaden läßt sich noch nicht festsetzen, er dürfte sich auf viele Millionen belaufen. Die Werkleitung hat einen Anschlag veröffentlicht, daß alle Arbeiter, die am 23. März in den Streik getreten sind, sich als entlassen zu betrachten haben.

## Der Aufruhr im Rheinland.

Mettmann und Gevelsberg von den Kommunisten gesäubert.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist sehr ernst. Die Aufrührer droht immer weitere Städte und Ortschaften zu ergreifen. In vielen Stellen ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Mettmann und Gevelsberg, wo die Kommunisten die Herrschaft zeitweise an sich gerissen hatten, sind nach heftigem Kampfe von der Schutzpolizei genommen worden. In beiden Städten hatten die Mäuerbänder die Banken und öffentlichen Kassen gesprengt und die Reichsbank beraubt. In Mettmann und Gevelsberg fielen ihnen mehrere Hunderttausend Mark in die Hände. Zur Bekämpfung des Aufruhrs wurde von Wuppertal und Hagen aus Schutzpolizei eingeseht, der es gelang, Gevelsberg nach einem Gefecht bei Schwelm wieder zu besetzen und von den Kommunisten zu säubern. Auch Mettmann wurde im Laufe des Dienstag nachmittags von der Schutzpolizei besetzt. Die Aufrührer haben bei den Kämpfen schwere Verluste erlitten. Bei den Besuchen um Gevelsberg und Schwelm haben sie nach einer Meldung 50 Tote verloren. Zahlreiche Aufrührer wurden festgenommen und nach Eberfeld gebracht. Ein kleiner Teil des geraubten Geldes wurde bei den Verhafteten vorgefunden.

## Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks.

Die kommunistische Streikhege ist im Industriegebiet auf einen zum Teil fruchtbareren Boden gelangt. In den verschiedensten Bergwerken und Industrieanlagen sind Teilstreiks ausgebrochen. In Reimsfeld liegt etwa die Hälfte der industriellen Betriebe still. Im Essener Revier sind die Belegschaften zweier Bezirke nicht eingetreten; auf einer Reihe anderer Bezirke streiken bis 50 Prozent der Belegschaften. In Mülheim, Hagen, Eberfeld und Barmen wird die Generalstreikparole nicht befolgt. Bei Krupp in Essen wird gearbeitet, nur einzelne Arbeitergruppen haben sich dem Streik angeschlossen. Dagegen hat der Bergarbeiterausstand jetzt auch auf das linke Rheinufer übergegriffen. Auf der größten Zeche „Rheinpreußen“ werden teilweise gearbeitet. Auf Schacht „Neuflissen“ ist die gesamte Belegschaft ausgeblieben.

Die alliierten Besatzungstruppen haben die Grenze zum Kölner Brückenkopfgebiet durch Heranziehung von Verstärkungen abgepfert, um Ueberfälle bewaffneter Bänder zu verhindern. Im linke rheinischen Industriegebiet haben die Verbandstruppen einen starken Patrouillendienst eingerichtet, und zugestanden, daß nötigenfalls im hamborner Bezirk Polizeitruppen aus Wesel eingeseht werden.

## 20 Opfer der Essener Katastrophe.

Nach den neuesten Feststellungen der Polizeibehörde sind den Verletzungen bei den letzten Unfällen noch weitere sieben Personen erlegen, so daß die Gesamtzahl der Toten auf 20 angewachsen ist. Die Schuttmassnahmen der Reichswehr und der grünen Schutzpolizei sind erheblich verstärkt worden, weil man glaubt, daß es dadurch noch zu Unruhen kommen könnte, da die Kommunisten Verstärkungen von außerhalb erhalten.

Das Erscheinen des kommunistischen „Ruh und Sch“ ist auf Grund des Ausnahmezustandes vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen als Regierungs-Kommissar für eine Woche verboten worden, da das Blatt durch Aufforderung zu hochoverächtlichen und strafbaren Handlungen, insbesondere zum bewaffneten Aufruf, die öffentliche Sicherheit gefährdet hat.

## Die Eisenbahner fordern ein entschiedenes Eingreifen.

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Duisburg hat ein Telegramm an die Reichsregierung gerichtet, in dem die Eisenbahner die Regierung im Hinblick auf die Attentate, die die Kommunisten auf dem Eisenbahnbetrieb ausüben, auffordern, sofort und mit aller Kraft die Ordnung wieder herzustellen. Sollte die Regierung hierzu nicht in der Lage sein, so würden die Eisenbahner die Schaffung der Ordnung im Eisenbahnbetrieb selbst in die Hand nehmen. Der Ausbruch des Streiks haben die Kommunisten versucht, die Eisenbahner in vertraulichen Besprechungen zu bewegen, die Beförderung von Waffen und Schutzmannschaften zu verweigern. Dies wurde jedoch abgelehnt.

## Die Maßnahmen der Regierung.

### Vereinstellung von Reichswehrtruppen.

Die Lage im Aufstandsgebiet war am Dienstag Gegenstand von Beratungen im Reichskabinett und preussischen Kabinett, die unter Vorsitz des Reichspräsidenten tagten. Nach einem amtlichen Bericht soll die Aktion in Mitteldeutschland durch die Schutzpolizei scharf und vollständig durchgeführt werden. Das

Itar bleibt Verfügungsbereit. Ueber seinen etwa notwendig werdenden Einsatz wird nach der weiteren Entwicklung der Lage entschieden werden.

Als Sammelort für die einzuberufenden Reichswehrtruppen, die zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Befreiung der Verbrechen herangezogen werden sollen, ist Dessau und die umliegenden Ortschaften bestimmt. Vom bayerischen Kontingent wird voraussichtlich ein Infanterieregiment mit Artillerie und Kavallerie ins Aufstandsgebiet abgeben.

Die Aburteilung der Verbrechen.

Der Reichspräsident hat durch eine Verordnung außerordentliche Gerichte eingesetzt, um eine beschleunigte Aburteilung der in großer Zahl verhafteten Verbrechen zu ermöglichen. Diese außerordentlichen Gerichte, die mit drei zivilen Berufsrichtern besetzt sind und bestimmte schwere Straftaten (Verrat, Aufruhr, Sprengstoffvergehen, Gewalttaten usw.) nach einem in dieser Verordnung im einzelnen geregelt vereinfachten strafprozessualen Verfahren aburteilen soll, sind vom Reichsjustizminister bereits berufen worden und werden in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit beginnen.

Die an dem Aufstand Beteiligten werden ihr Verbrechen voraussichtlich schwer büßen müssen. Das Sprengstoffgesetz sieht z. B. ausschließlich Zuchthausstrafen in Höhe von mindestens 5 oder 10 Jahren vor. Wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen herbeigeführt worden ist, und der Täter einen solchen Ausgang voraussehen konnte, so muß sogar auf Todesstrafe erkannt werden. Harte Sühne, aber durchaus berechtigt, wenn man bedenkt, daß es sich bei dem Aufruhr nicht mehr um eine politische Bewegung, sondern um gemeine Verbrechen handelt, vor denen die Bevölkerung unbedingt geschützt werden muß.

Der Handel mit Reparationskohle.

Protestnote der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission in Paris und an die belgische Regierung eine Note gerichtet, in der sie gegen die Verschleuderung der erpreßten deutschen Reparationskohle von Seiten der alliierten Länder Einspruch erhebt.

In der Note macht die deutsche Regierung die Feststellung, daß nach zuverlässigen Mitteln in letzter Zeit Verkäufe von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer in erheblichem Umfang stattgefunden haben. Es handelt sich um mindestens 70 000 Tonnen Kohlen. Davon haben belgisch-polnische Stellen den größten Teil nach Holland verkauft und ab Antwerpen geliefert oder frei Schiff Rotterdam, Duisburg oder Mannheim angeboten. Anfang März lagen in Rotterdam 50 000 Tonnen deutscher Reparationskohle unentladen in den Rähnen.

Die Note betont, daß die Nichterfüllung des Friedensvertrages war, den Alliierten das Kontingent ihrer früheren Importe aus Deutschland sowie den Ausfall der zerstörten Gruben zu ersetzen durch Auferlegung von Zwangslieferungen an Deutschland. Die Reparationskohlen sollen also der Wirtschaft der beteiligten Mächte selbst zugute kommen, und nicht Gegenstand von Handelsgeschäften werden.

Die deutsche Regierung muß um so mehr Bewahrung einlegen, als sie trotz aller Bemühungen die ihr auferlegten Kohlenlieferungen nicht voll zu erfüllen vermag und die Anforderungen der Alliierten an die Güte der Kohlen immer schärfer werden. Der Einspruch der deutschen Regierung gegen Höhe und Art dieser Auflagen ist bisher unberücksichtigt geblieben. Um so weniger ist es für sie erträglich, wenn andererseits ohne Beteiligung Deutschlands und noch dazu fast unter Preis über erhebliche Teile der benötigten Liefermengen, welche unter schweren Schädigungen der eigenen Wirtschaft alliierten Ländern zuführt, verfügt wird.

Politische Rundschau.

Berlin, den 31. März 1921.

Die Note Fahne des Offens, das kommunistische Parorgan für die Provinz Ostpreußen, ist wegen der starken Propaganda dieser Zeitung verboten worden. In der Provinz herrscht Ruhe.

Mächte der deutschen Botschafter in die Hauptstädte. Die deutschen Botschafter in Paris und London, die nach Abbruch der Londoner Verhandlungen nach Berlin berufen worden waren, haben sich wieder auf ihre Posten begeben. Dem New York Herald zufolge wird auf der deutschen Botschaft in London gleichzeitig erklärt, daß Dr. Stamer keine neuen Vorschläge nach London mitgebracht habe. Die Berliner Regierung nehme eine abwartende Haltung ein. Die Lage zwischen Deutschland und den Alliierten habe keine Aenderung erfahren, wenn auch die bestehenden Differenzen in der Frage der Zwangsmaßnahmen und Entschädigungen so groß seien, daß sie zu einer wirtschaftlichen Störung geführt hätten. Aus britischen amtlichen Kreisen erfährt der Korrespondent desselben Blattes, daß weitere Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland erst mit dem 1. Mai in Anwendung gebracht werden sollen. Bis dahin würden die Alliierten einen vollständigen Plan für die Durchführung des Friedensvertrages ausgearbeitet haben. Einstweilen habe sich nur die Botschafterkonferenz mit der Entschädigungs- und Entwaflnungsfrage zu beschäftigen. Gleichzeitig sei die Botschafterkonferenz in der Lage, die nötigen Maßnahmen zur Erleichterung der Zollgrenze am Rheinland zu treffen.

Die Auslieferung von Kriegsgerät und Spionage material. Die internationalisierte Militärkontrollkommission in Berlin hat am 18. März gerügt, daß den Entwaflnungsbestimmungen in versch. Punkten nicht Rechnung getragen sei und bis zum 31. März Erfüllung verlangt. Die Antwort des Auswärtigen Amtes bezieht sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrages, die die Auslieferung des Heeres und der Festungen betreffen, zu übergehandelt zu haben, und erklärt auch die vollkommene Entwaflnung der Festungen als unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich. Die deutsche Regierung hat für Königsberg, Rastatt und Bogen eine Anzahl von Geschützen

zurückgehalten, die zur Verteidigung dieser Festungen unbedingt erforderlich sind. Bei den Rüstungen ist die Ablieferung des gesamten, nichtgenehmigten Kriegsmaterials im Gange. Deutschland erklärt sich wiederum bereit, alle Streitfälle einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Tschechen bekommen Appetit auf deutsches Gebiet. Nach einer Meldung aus Breslau hat der Landrat in Reize den städtischen Behörden von Biegenhals mitgeteilt, daß die Tschechoslowakei nach erfolgter Abstimmung bei der Entente beantragen will, daß ihr nachträglich noch die Stadt Biegenhals abgetreten wird. Eventuell will die Tschechoslowakei einen Teil des Gebietes von Jauernig Deutschland dafür anbieten. Ein sprechende diplomatische Schritte der Tschechoslowakei bei der Entente und der deutschen Regierung seien beabsichtigt. Der Magistrat von Biegenhals hat daraufhin beschlossen, gegen das Verlangen der tschechischen Regierung energisch zu protestieren. Die Stadtverordneten dürften diesem Beschlusse beitreten, und auch die gesamte Bürgerschaft will in einer Protestversammlung gegen derartige tschechoslowakische Raubzügen vorgehen.



Polens Grenzforderungen in Oberschlesien

Rundschau im Auslande.

Der frühere österreichische Minister des Auswärtigen Graf Agner Solouchowitsch ist in Lemberg nach kurzem Krankenlager einer Lungenerkrankung erlegen.

Am 2. April findet in Rom die Konferenz der Reichsgesandten des früheren Oesterreich-Ungarn statt. Jugoslawien hat die Teilnahme an dieser Konferenz abgelehnt.

Griechenland: Griechische Offensive in Kleinasien.

Nach einer Gavaanmeldung haben die griechischen Truppen die Offensive gegen die türkischen Nationalisten in Kleinasien begonnen und günstige Anfangserfolge erzielt. Die Stadt Karahisar an der Bagdadbahnlinie ist von den Griechen genommen. Die Verluste der Griechen sind unbedeutend. Die türkische Regierung in Konstantinopel hat an die Mächte einen Protest gegen die griechische Offensive gerichtet. Auch die Regierung in Angora wird einen ähnlichen Protest erheben.

Der misglückte Staatsstreich des Kaisers Karl.

Die Alliierten haben in Budapest das bestimmte Verlangen gestellt, daß die ungarische Regierung die nötigen Maßnahmen ergreife, um die sofortige Abreise des Kaisers vom ungarischen Boden zu veranlassen. Gleichzeitig verhandelt die Entente wegen der Durchreisegenehmigung mit denjenigen Nachbarstaaten, deren Gebiet Kaiser Karl bei seiner Rückkehr nach der Schweiz passieren möchte. Sobald die Entscheidung hierüber getroffen ist, will die Entente den Kaiser zwingen, die Rückreise alsbald anzutreten. Es verlautet, daß die Schweiz den Kaiser nicht mehr zurücklassen will, weil er seine Zusage gebrochen habe, auf ihrem Boden keine politischen Konspirationen zu betreiben. In diesem Falle denkt man an einen künftigen Aufenthalt der kaiserlichen Familie in Spanien.

Aus Stadt und Land.

Angriff auf ein französisches Auto in Oberschlesien. Das französische Kriegsministerium erhielt eine Meldung aus Oberschlesien, nach welcher ein Automobil der internationalisierten Kommission angegriffen wurde. Der Schöffe, ein Franzose, wurde hierbei getötet. Natürlich wird wieder bereits die Meldung verbreitet, daß die Unruhen in Oberschlesien von den Deutschen angezettelt würden.

Explosion in dem kommunistischen Parteibüro in Breslau. Der „Schlesischen Bzg.“ zufolge ereignete sich Dienstag mittag in dem Hause, in dem sich das Parteibüro der Kommunisten und die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ befindet, eine gewaltige Explosion, durch die eine Wand zertrümmert und hunderte von Fensterscheiben zersplittert wurden. Vorläufig fehlt jede Aufklärung. Menschen wurden nicht verletzt.

Schnahme eines Zuständers. In Genf wurde, dem „Berliner Bot.“ zufolge, der Markthelfer Metzler aus Jechitz unter dem Verdacht verhaftet, im Jahre 1918 ein Schulmädchen ermordet zu haben. Beim Verhör an der Werdstelle gab der Verhaftete den Mord zu und gestand zugleich, vier weitere Zuständersmorde an Mädchen in Leipzig, Plauen, Melthusen und an einem Knaben in Schneidengrün bei Plauen verübt zu haben.

Französische Maßnahmen gegen den deutschen Möbelimport. Das französische Ministerium für die besetzten Gebiete ließ eine große Anzahl deutscher Möbel verkaufen, und zwar, wie Schweizer Blättern gemeldet wird, aus Gründen des Geschmacks und der

Mesthetik. Es handelt sich um 23 000 Kleiderschränke, 84 000 Häfets, 71 Tische und 26 000 Stühle. Wegen diesen Verkauf und den weiteren Bezug solcher Möbel aus Deutschland protestiert jetzt das Syndikat der Möbelbesitzer, ebenfalls aus Gründen des Geschmacks und des Landesgebrauches und ferner, weil ein solcher Möbelexport die französische Möbelindustrie zur Weltlosigkeit verurteilen würde.

Epiken.

von Paul Ruchau (41. Fortsetzung.)

Bertha wollte sich erheben. Der Verteidiger, der sie scharf im Auge behalten hatte, beugte sich zu ihr und rief ihr in befehlendem Tone zu: „Bleiben Sie!“ Bertha warf einen Blick auf die Gräfin, die kränkelnd traten ihr wieder in die Augen, und sie gähnte schlafend.

„Dann glaube ich die Frau Zeugin entlassen zu dürfen.“

Die Richter, der Staatsanwalt und die Verteidiger traten zustimmende Bewegungen.

„Frau Zeugin, Sie sind entlassen.“

Der Graf verneigte sich dankend gegen die Herren, die den Gruß höflich erwiderten. Er bot seiner Frau den Arm. Juliane hatte das kurze Verhör so furchtbar angegriffen, daß sie in halb ohnmächtigen Zustande vom Grafen und vom Arzte aus dem Verhandlungsraum fast getragen werden mußte. Im Zimmer des Präsidenten kam sie erst allmählich wieder so weit zu Kräften, daß sie bis zu ihrem Wagen gebracht werden konnte, der die Unglückliche langsam dem Palais zuführte.

Die Aussagen der übrigen Zeugen waren, bis auf Seydels Angabe über die Begegnung der beiden Hauptschuldigen in der Gollnowstraße, ohne Belang.

Als letzter Zeuge wurde Se. Durchlaucht Fürst Ulrich von Engernheim-Rupstein vernommen.

Nachdem er den vorchriftsmäßigen Eid geleistet hatte und vom Präsidenten, wie das Gesetz es vorschrieb, darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er Aussagen, die ihn selbst belasten würden, zu verweigern berechtigt sei, erklärte er, daß er von dieser Berechtigung keinen Gebrauch zu machen habe.

„Der Zeuge ist auf ausdrückliches Verlangen des Hotten und der Bertha Schmider geladen worden. Ich vermag mir aus den Akten und aus dem Ergebnis der Verhandlungen nicht klar zu machen, was mit dieser Vorladung eigentlich bezweckt wird, und ich möchte den Herrn Verteidiger ersuchen, sich mir gegenüber über diesen Punkt zu äußern.“

„Meine Klienten“, nahm der Verteidiger das Wort, „scheiden Wert auf die Feststellung der Tatsache zu legen, daß das Benediktische Palais in der Nacht des Einbruchs auch von anderen habe betreten werden können. Ich meinerseits würde diesem Umstande angesichts der erwiesenen und zugestandenen Tatsache keine Wichtigkeit beilegen können und würde auf die Aussagen des Herrn Zeugen verzichten dürfen, ohne dadurch meine Klienten zu benachteiligen.“

Jetzt erhob sich Bertha.

„Darf ich eine Frage stellen, Herr Präsident?“

„Was wollen Sie?“ fuhr sie der Vorsitzende ziemlich ungnädig an. „Über welchen Sie bei der Sache, sonst entziehe ich Ihnen das Wort!“

„Ich sage nur, Durchlaucht ist dagewesen!“ rief Bertha.

„Bleiben Sie!“ gebot ihr der Vorsitzende, und

sich zum Fürsten wendend, fuhr er in artigen Tone fort: „Die Behauptungen der Schmider sind schon durch die Voruntersuchung nach unserer Ueberzeugung abgetan. Wir brauchen auf die Einzelheiten nicht mehr einzugehen. Der Herr Zeuge verbartet bei seinen früheren Aussagen?“

Ulrich verneigte sich zustimmend.

Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung wurde auch dieser Zeuge entlassen, der mit respektvollem Gruß den Saal verließ.

Der Staatsanwalt gab einen klaren, umfassenden Bericht der Vorgänge, wie sie sich nach den mannigfachen Erhebungen und Angaben der Beschuldigten selbst als tatsächlich darstellten. Er nahm an, daß der Einbruch von Hotten und Widike gemeinsam verübt sei. Widike sei durch den Park in die Wohnung gebrungen, während die Gräfin das Parfümmieren zum ersten Male verlassen, und daraus entziffert als die Gräfin die Tür im Nebenzimmer verriegelt habe. In der Hast, mit der er den Rückzug bewerkstelligt, habe der Eindringling die gestohlenen Sachen nicht zusammengepackt können, er sei nach der Vorderseite des Hauses auf die Wilhelmstraße geeilt, und da habe ihm Hotten die Sachen durch das Fenster gereicht. Die Beteiligung der Bertha, die die Ausführung durch ihre genauen Mitteilungen erst ermöglicht habe, sei zweifellos, ebenso die Begünstigung durch Rose Roodel und die gewerbsmäßige Dohlerei des Eduard Freeder. In Anbetracht der Freiheit, mit der das Verbrechen begangen sei, des Vertrauensbruchs, dessen sich Hotten und die Schmider schuldig gemacht hätten, und des ungewöhnlich hohen Wertes der gestohlenen Objekte, der auf über einmahlunderttausend Mark angeschlagen werden müsse, fühle er sich verpflichtet, eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen zu beantragen. Er fordere für Hotten und Widike die höchste zulässige Strafe: zehn Jahre Zuchthaus, für Freeder wegen gewerbsmäßiger Dohlerei fünfjährige Zuchthausstrafe, für Bertha Schmider als Mittäterin auf Grund des Paragraphen 47 drei Jahre Zuchthaus, für Rose Roodel als Begünstigerin sechs Monate Gefängnis.

Wichtiges Urteil

Ausgelostes Verbrechen der Kommunisten.

Dresden. In Ein ausgelostes Verbrechen ist gestern nachmittag von Kommunisten im Delaniger Kohlenberg verübt worden. Gestohlenes Elementarblei des Feuerwerkes der Kesseln auf dem staatlichen Schachte „Gottes Segen“ und bestohlen die Schächte. Die das Bergamt an das Bergamt melde, ist die Unschuld nicht anbedenlich, so daß die noch im Schacht Eingekerkerten nicht unerheblich abstrafet sind. Die rache und offenbar beabsichtigte

Folge ist das Verlangen der Wasserhaltung, der Pumpwerke, der Ventilation und der Ausfahrt, jedoch den Eingeschlossenen weder frische Luft zugeführt, noch sie selbst herausgeführt werden können. Man bedenke, daß es sich hier um ein Verbrechen von Arbeitern gegen Arbeiter handelt. — Nur durch die Wachsamkeit der Gewerkschaft ist größeres Unglück verhütet worden. Sofort nach der Befreiung des Schachtes durch die Kommunisten lag die Zeitung die Streue erlösen, die die Angehörigen der Bergleute, die noch von dem großen Unglück vor wenigen Wochen in einer gewissen Erregung sich befinden, in Scharen herbeiführte. Als diese erfuhr, daß ihre Lieben im Schachte eingeschlossen waren, drangen sie mit großer Energie auf die Kommunisten ein und vertrieben diese. — Schuppelpol hat jetzt überall die Gewalt in den Händen. Die Schächte sind in Betrieb. — Im Dachs. Kommunisten erzwangen in den meisten kleinen Betrieben den Streik.

**Beste Nachrichten.**

**Die Ausweisung preussischer Beamten aus dem Rheinland.**

Berlin, 30. März. Dem obersten Kommissar Tirard von der internationalen Rheinlandkommission sind Befehle zugegangen, um die eventuelle Ausweisung aller preussischen Beamten aus dem Rheinland vorzunehmen. Die Feststellungen sind schon eingeleitet. Sobald die Ausweisung erfolgt, werden die Posten von Beamten ersetzt, die im Rheinland geboren sind. Man bezeichnet diese Maßnahme als eine Fortsetzung der Sanktionen. In zweiter Linie sollen auch die Schulen im Rheinland einer Kontrolle unterzogen werden und alle Lehrer entfernt werden, die der deutschen Nationalität angehören. Das sind bisher nur Vorschläge, die von der französischen Regierung der Rheinlandkommission gemacht wurden und von dieser trotz der einseitigen Beantragung ausgeführt werden. Die übrigen Verbindungen scheinen sich um die wirtschaftliche Tätigkeit der Rheinlandkommission kaum zu kümmern. Kürzlich ereignete es sich in London, daß das französische Amt von einer ähnlichen Maßnahme der Rheinlandkommission, die schon seit Monaten im Gange war, überhaupt keine Kenntnis hatte, da lediglich Frankreich die Sache verfolgte.

**Das Defizit im Reich und in Preußen.**

Berlin, 30. März. Voraussichtlich wird auch der Monat März im Reich und in Preußen mit einem sehr bedeutenden Fehlbetrag abschließen. Unter Zugrundelegung der Januar-Februar-Eingänge und der ersten Hälfte des März ist für das letzte Vierteljahr 1920 mit einem Mindereingang der Reichseinnahmen gegenüber den Ausgaben um 7 bis 8 Milliarden Mark, derjenigen Preußens mit rund 2 Milliarden Mark zu rechnen.

**Die schifflichen Bombenattentäter verhaftet.**

Ein Berliner Blatt bringt unter dem 30. März folgende Meldung: „Unter den in Wickersleben verhafteten Kommunisten befinden sich fünf, die dringend verdächtig sind, die Bombenanschläge auf das Landgericht in Dresden und Freiberg, sowie auf den Bahnhof Hellstedt verübt zu haben. Der Verdacht gründet sich auf aufgefundenen Papiere und auf die Angaben anderer Verhafteter, aus denen übrigens noch hervorgeht, daß die Pläne zu den Anschlügen von einem Verschwörer Komitee ausgearbeitet wurden, das seine Beratungen in Charlottenburg abzuhalten pflegte. Die 5 Verdächtigen sind alle Berliner. Sie sind dem Untersuchungsrichter in Halberstadt vorgeführt worden. Dort hat einer der Verhafteten das Geständnis abgelegt, an den Bombenattentaten in Dresden, Freiberg und Hellstedt beteiligt gewesen zu sein. Er und seine Komplizen seien dann nach Wickersleben gereist, um dort das Rathaus, die Post und die Banken in die Luft zu sprengen. Dieses Vorhaben ist durch das vorzeitige Eintreffen von Polizeitruppen vereitelt worden.“

**Ebenere Düngerkörner liefert Carl Jehne.**

**2 Kuben Dünger**  
zu verkaufen Gr. Wassergrasse 56.

**Schäferhund zugelaufen**  
bei Flemming, Ruppendorf, Tel. 123.

**Pa. Stuhlrohr**  
auf ein. Antritt preiswert bei Werg. Jungnickel, Schützgrasse.

**Ziegen**  
auf zu verkaufen bei H. Göttsche, Reinhardtstr. 11.

**Ersther Gabeln,**  
1. W. 1.00, heute frisch ein-  
treffend bei  
Johannes Gommann,  
W. Gröbels Hof.

**Trauerkleiden**  
bevorzugt schnell die  
Widw. Carl Jehne  
in Dippoldiswalde

**Zum Jahrmart**  
wie zu Originalpreisen abgegeben:  
in Schokoladen 50 und 100 Gramm,  
in Pfefferkuchen.

**Joh. Gommann W. Gröbels Hof.**

**2 Mädchen**  
für Landwirtschaft bei guter Kost  
und hohem Lohn zum 1. April  
oder später gesucht. Zu erfragen  
in der Geschäftsstelle.

**1 Stubenmädchen  
und ein  
Hausmädchen**  
für sofort gesucht.  
Altes Hofhaus Wronfels  
bei Rippdorf.

**Jüngeres  
Hausmädchen**  
zu baldigem Antritt gesucht.

**Ernst Schmidt,**  
Glasgäßchen Str. 151 h.

**Kalbe**  
Suche für 16jähr. Halbwalde  
Unterkauf  
in best. Hause b. Familienanstell.  
ab. an bald. Rinderstall. Off. u.  
„W. 1.00“ a. b. Geschäftsstelle.

**Eine hochtragende**  
**Kalbe**  
zu verkaufen Reichardt 90.

**zum Jahrmart**  
Schnitzerei

**D. H.-V.**  
Freitag, 1. April abends 8 Uhr  
**Monats-  
versammlung**  
im Vereinsheim.  
Wichtige Besprechungen.

**Für 18jähr. Mädchen**  
wird in Pension oder bergl.  
4-6 Wochen (Juni, Juli) Aufent-  
halt ohne gegenseitige Vergütung  
gesucht, wo sie 1/2 tageweise im  
Haus halt hilft. Offerten an die  
Geschäftsstelle erbeten.

**Beder-  
Gamaschen**  
in schwarz und braun, starkes  
Beder, Paar von 100 Mark an,  
**wollene Sidel-Gamaschen,  
Berg- und Spazierhüte,  
Ruck-  
säcke**  
empfiehlt in großer  
Auswahl  
**Karl Ritzsche,**  
Severingasse.

**Milos Kreislingen  
„Saxonia“**  
zum Lang- u.  
Querschneid.  
Bager mit  
Weichmetall-  
futter und  
Ringmiele-  
rung, erlt.  
**Tischler- und Maschinenarbeit**  
fertig und liefert  
Wichtig! H. 6. m. 1. 5.  
Kotzenstraße, Dippoldiswalde.

**Mäntel und  
Schläuche**  
in jeder Preislage sowie  
Rinderwagenreifen  
in allen Größen vorrätig bei  
**Otto Schmidt,**  
Mechaniker,  
Weißeritzstr. n. d. Post.  
Fahrer werden vernichtet  
und emalliert.

Ein selten schön gebautes  
**Oldenburger  
Fohlen**  
(schwarz), 2 Jahre, steht zum  
Verkauf Reichardt Nr. 23.

**Kasino Reinhardtsgrimma**  
Sonntag, den 3 April  
3 Uhr Ausschussversammlung,  
4 Uhr Mitgliederversammlung,  
5 Uhr Kasino.  
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.  
Es ladet ein b. S.

**Geübte Strohhutnäherinnen**  
auf große Posten in- und außer dem Hause gesucht.  
**Strohhutfabrik Schmiedeberg.**  
Der geehrten Einwohnerschaft von

**Obercarsdorf und Umg.**  
zur gefl. Beachtung, daß ich vom 1. April 1921 ab  
hier eine

**Reparatur- und  
Wasserschuhmacherei**  
eröffne. Es wird stets mein größtes Bestreben sein  
gut und billig zu liefern. Um gütige Unterstützung bitte!

**Willy Rabe, Obercarsdorf 35,**  
neben der Schule.

**56 gute  
Arbeits-Pferde**  
im Alter von 4-9 Jahren, darunter meist langschwänzige Dänen,  
sowie Oldenburger und Belgier, unter diesen befinden sich 16 Junge,  
zurucht geerntete Stuten, sogar auch schon tragende. Ferner  
mehrere Lastwagen von 100 Zentner und 8 Stück Einspanner von  
40-60 Zentner Tragkraft, sowie 30 gute Arbeits- und Reit-  
geschickte wiewohl zu verkaufen. Obige Pferde werden mit 100 %  
Garantie abgegeben. Ältere Dänen auch den Kaufpreis 3-5 Monate  
nach Ablauf der Garantiezeit zahlen.

**Edmund Eckardt,  
vormals Julius Gierth,  
Expedition und Postfuhrwesen,  
Dresden-Neustadt, Böhmische Straße 24.  
Tel. 22 750.**

**Es ist gekommen,  
wie man voraussagte!**

Mit Dynamit, Streik und bewaffneten Bänden sucht der Kommunist uns mit der Räterepublik nach russischem Muster zu beglücken.  
Wer solch verantwortungsloses Treiben mißbilligt, helfe zur Beseitigung dieser traurigen Zustände, indem er

1. Fassung bewahrt und nicht jedes übertriebene Gerücht weiterschwächt;
2. überall, bei der Arbeit, in der Eisenbahn, auf der Straße, in der Versammlung kundgibt, daß er ein festes Eingreifen der Regierung billigt und fordert;
3. die Regierung und ihre Organe nötigenfalls auf Verlangen unterstützt;
4. jedem, der auffordert, kommunistischen Unfinn mitzumachen, eine Ohrfeige gibt (natürlich nur eine moralische, durch Ablehnung).

**Dr. Martin Binder.**

Suche sofort einen gebrauchten  
**Klappkartwagen  
mit Plane**  
zu kaufen. Offerten an die Ge-  
schäftsstelle erbeten.

**Ein Mädchen für  
Landwirtschaft**  
zur Unterstützung der Hausfrau  
wird für sofort gesucht.  
Wendischcarsdorf Nr. 8.

**Einjährige  
Ziege**  
mit 14 Tage altem abgewöhnten  
Ziegenlamm verkauft!  
Boze, Kohlenhandlung.

**Achtung! Landwirte!**  
Bringe Sonnabend den 2. April und Sonntag den 3. April  
**zum Jahrmart**  
im Bahnhof Dippoldiswalde  
einen großen Vollen neu- und gebrauchte Getreide-, Rohw.,  
Kartoffel- und Wehläste, Wagenplanen, Pferdegerätschaften,  
Grasfäde, Rasenmäher, Arbeitsmaschinen, darunter 1 Paar große  
Seplanen und fast ganz neue Cassinische zum Verkauf.  
**Arthur Behmann, Birna,**  
Lange-Str. 26.

**Rainchenzüchterverein  
Gennersdorf.**  
Mittwoch, 6. April, beim Mitglied  
Willy Gähler  
außerordentl. Haupt-Versammlung g.  
Anfang 1/9 Uhr.  
Alle Mitglieder werden gebeten, zu erscheinen. Entzüge hierzu  
sind spätestens bis zum 4. 4. beim Unterzeichner schriftlich abzu-  
geben. Später eingehende Entzüge werden nicht berücksichtigt.  
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 30. 3.  
nach kurzer, schwerer Krankheit  
**Herr August Fischer,**  
Waldarbeiter,  
im Alter von 75 Jahren hinst. verschieden ist.  
Schmiedeberg den 30. 3. 21.  
Die bestattenden Staterkloster.  
Die Beerdigung findet am 2. 4. nachm. 1/5 Uhr  
vom Trauerhause aus statt.